

# Öffentliches Protokoll

## Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 15.04.2026
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

---

### Anwesend

#### Vorsitz

Christian Freitag von Dören CDU

#### Mitglieder

Matti Schlotzhauer SPD

Heidemargret Garling CDU

Antje Hellmann-Kistler FDP

Verena Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Julian Fresch CDU

Vertretung für: Anja Lem-  
bach

Dr. Christoph Maas Bündnis 90 / Die Grünen

Birgit Neumann-Rystow WSI

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Vertretung für: Patricia  
Römer

Alexandra Petersen SPD

Vertretung für: Norman  
Rothe

Bernhard Weidenbach CDU

#### Jugendbeirat

Leo Merlin Tschamper Jugendbeirat

Vertretung für: Ayse-  
Tahila Tokmak

#### Seniorenbeirat

Waltraudt Teising Seniorenbeirat

#### Verwaltung

Oliver Heyer Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung

Annika Berg Verwaltung

### Abwesend

#### Mitglieder

Anja Lembach CDU

Entschuldigt

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Entschuldigt

Norman Rothe SPD

Entschuldigt

#### Jugendbeirat

Jonah Elias Lassen Jugendbeirat

Entschuldigt

Ayse-Tahila Tokmak	Jugendbeirat	Entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Claudia Friederich	Erste Stadträtin	Entschuldigt
Ralf Waßmann	Fachbereichsleitung	Entschuldigt

### Gäste:

13 Einwohner\*innen

2 Vertreter\*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Im Anschluss verpflichtet er Frau Aysen Ciker von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und weist sie in ihr Amt ein.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

**Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.**

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Bericht aus den Schulen
- 4 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.02.2026
- 5 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2026
- 6 Haushaltskonsolidierungspunkt 8 - Musikschule BV/2026/026
- 7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/019
- 7.2 Jahresbericht der Stadtbücherei Wedel 2025 MV/2026/025
- 7.3 Änderung der Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Wedel und dem Theaterbetrieb Batavia MV/2026/026
- 7.4 Bericht der Verwaltung
- 7.4.1 Haushaltskonsolidierung
- 7.5 Öffentliche Anfragen



### **Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom  
11.02.2026
- 9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom  
11.03.2026
- 10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
  - 10.1 Bericht der Verwaltung
  - 10.2 Nichtöffentliche Anfragen

### **Öffentlicher Teil**

- 11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



## Öffentlicher Teil

---

### 1 Einwohnerfragestunde

---

#### 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Vorangegangene Fragen wurden im Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKS) beantwortet.

---

#### 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen

Eine Einwohnerin stellt verschiedene Fragen rund um die Gebrüder-Humboldt-Schule (GHS) an den Ausschuss:

1. Wann ist mit einer deutlich optimierten WLAN Versorgung an der Schule zu rechnen?
2. Wann konkret ist mit einer Umsetzung der Reparatur der kaputten Rollläden zu rechnen?
3. Was verbirgt sich hinter der Idee, dass SuS ab 01/27 die Mensen reinigen sollen?
4. Wie konkret stellt die Verwaltung sich die Integration der Musikschule im Schulgebäude vor?
5. Bitte um leichteren Kommunikationsfluss - Beispiel Caterer-Wechsel Mensa.

Die Bürgermeisterin versichert, dass die Stadt zu allen angesprochenen Themen in einem engen Austausch mit dem Schulleiter der GHS steht. Das Gebäudemanagement arbeitet an einer Lösung für die WLAN Versorgung. Bezüglich der kaputten Rollläden muss darauf gewartet werden, dass der Haushalt vom Land freigegeben wird. In diesem sind bereits Mittel für die Reparatur der Rollläden eingeplant. In Bezug auf die Mensa Reinigung, besteht die Idee, dass die Schüler\*innen nach dem Essen ihren Platz einmal saubermachen sollen. Die Schüler\*innen sollen nicht in die generellen Reinigungsarbeiten übernehmen. Zu dem Thema Musikschule steht die Planung noch ganz am Anfang. Es sind noch viele verschiedene Fragen offen, welche während des Prozesses abgearbeitet und geklärt werden müssen.

Eine zweite Einwohnerin stellt zwei Fragen zum Thema Kita-Platzbelegung.

1. Wie sind die aktuellen Zahlen der Kita-Platzbelegung und wie viele freie Plätze gibt es?
2. Gibt es eine Möglichkeit die neue Krippengruppe in der Rissener Straße vorerst nicht zu eröffnen?

Die Einwohnerin ist Tagesmutter und merkt durch das Überangebot der Kita- und Krippenplätze, dass ihr und anderen Tagesmüttern die Kinder fehlen. Besonders, weil durch das neue Kita Gesetz die Kinder bereits mit 30 Monaten in die Kita wechseln können.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Stadt Wedel mit dem Kreis Pinneberg in einem engen Austausch steht. Die Stadt ist aktuell dabei eine Bedarfsplanung aufzustellen. Sie versichert, dass ihr das Problem der Tagesmütter bekannt ist und dass sie die bestehende Not erkannt hat. Dies hat die Bürgermeisterin bereits in verschiedenen Arbeitsgruppen thematisiert. Sie versichert, dass an dem Thema gearbeitet wird.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die Zahlen der Kita-Platzbelegung werden nachgereicht.)*

---

#### Anlage 1 TOP 1.2 Einwohnerfragen

---

### 2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

---



**3 Bericht aus den Schulen**

Es sind keine Vertretungen der Schulen anwesend.

---

**4 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.02.2026**

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen und gilt damit als genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

**Abstimmung**

	Ja	Nein	Enthaltung
<b>Gesamt:</b>	<b>11</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

---

**5 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 11.03.2026**

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußert ein Änderungsanliegen zu dem TOP 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner\*innen:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht auf die Antworten der Verwaltung ein. Sie bestärkt, dass es keine Notwendigkeit gebe, dieses Thema erneut anzufassen, da sich die Vereine in den Ganztage einbringen würden und der Ganztage eine Möglichkeit für diese bieten, sich zu präsentieren.

Der Ausschuss drückt seine Zustimmung für die Aussage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen und gilt damit als genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**


Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

**Abstimmung**

	Ja	Nein	Enthaltung
<b>Gesamt:</b>	<b>11</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

---



**6 Haushaltskonsolidierungspunkt 8 - Musikschule**

**BV/2026/026**

Die Bürgermeisterin erläutert, weshalb zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beschlussvorlage von der Verwaltung vorgelegt wird. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung ist, dass Gebäude zusammengelegt werden, um den desolaten Haushalt in den Griff zu bekommen. Je weniger eigene Gebäude die Stadt selbst unterhalten muss, desto weniger Kosten muss diese auch tragen. Die Raumdoppelnutzung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Der vorliegende Vorschlag wird als Beschlussvorlage behandelt, da dieser aus Sicht der Verwaltung ein erster guter Vorschlag ist, die Raumdoppelnutzung real umzusetzen. Hiermit will sie der Politik die Möglichkeit geben über einen realen Vorschlag zu diskutieren.

Die Bürgermeisterin erklärt weiter, dass die Idee die Verwaltung der Musikschule in das Reepschlägerhaus zu setzen daraus entstanden ist, dass das Gebäude der Musikschule so nicht mehr tragbar ist, da die Statik des Gebäudes stark angegriffen ist. Weiter kam der Förderkreis Reepschläger e.V. auf die Stadt zu, mit dem Anliegen, dass das Reepschlägerhaus unter den laufenden Bedingungen nicht mehr gehalten werden könne. Daraus entstand die Idee, dem Reepschlägerhaus einem neuen Nutzen zukommen zu lassen.

Der Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass mehrere Anfragen zu dem Tagesordnungspunkt vorliegen, die schriftlich beantwortet werden. Außerdem wurde ein Vertagungsantrag der WSI-Fraktion eingereicht. Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich bei der WSI-Fraktion, ob dieser Vertagungsantrag weiterhin Bestand hat.

Die WSI-Fraktion bejaht dies.

Die FDP-Fraktion äußert ihr Unverständnis darüber, dass das Anliegen der Verwaltung als Beschlussvorlage eingebracht wird. Sie kritisiert, dass durch die Unterbringung der Verwaltung der Musikschule im Reepschlägerhaus, dieses für eine breite Öffentlichkeit unzugänglich gemacht werden würde. Als zentrales Kulturgut der Stadt Wedel fordert die FDP-Fraktion, dass das Reepschlägerhaus für diverse kulturelle Veranstaltungen geöffnet bleibt und nicht nur für die hauseigenen Veranstaltungen der Musikschule genutzt wird. Außerdem kritisiert die FDP-Fraktion, dass bereits in früheren Prozessen darum gebeten wurde, dass die Verwaltung die Betroffenen der Politik und der Öffentlichkeit frühzeitig in ihre Planungsprozesse mit einbezieht. Nur so kann ein effektiver Kompromiss gefunden werden und es wird vermieden, dass die Verwaltungsmitarbeitenden ihre Arbeit mehrfach machen müssen. Die FDP-Fraktion freut sich auf die Beantwortung ihrer Fragen und auf die daraus resultierende Diskussion. Die vorliegende Beschlussvorlage wird sie ablehnen.

Die Bürgermeisterin versichert, dass genau dieser geforderte Austausch mit dieser Beschlussvorlage erreicht werden soll.

Die Fachbereichsleiterin des FB 2 erklärt, dass die Stadt Wedel aktuell die gesamten Kosten für das Reepschlägerhaus trägt. Die Idee die Musikschulverwaltung im Reepschlägerhaus unter zu bringen entstand aus einer nüchternen Betrachtung der wirtschaftlichen Gebäude Nutzung. Die Verwaltung versucht dadurch ihrem Auftrag der Konsolidierungsmaßnahmen aufzunehmen und Kosten zu reduzieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei der Verwaltung, dass diese bereits einige ihrer Fragen zur heutigen Sitzung beantwortet haben. Dies sollte gar nicht die Anforderung sein, aber die Fraktion freut sich sehr darüber.

Weiter merkt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen an, dass das Reepschlägerhaus auch dann noch Kosten verursacht, wenn die Verwaltung der Musikschule in diesem unter gebracht wird. Sie kritisiert, dass der Förderkreis Reepschläger e.V. nicht über die geplante Maßnahme informiert wurde, genauso wenig wie mit den Verantwortlichen der Villa gesprochen wurde. Die Schulen wurden zwar informiert, aber es bleiben viele offene Fragen. Die Fraktion fordert, dass die Politik engmaschig in den Prozess eingebunden wird. Die Diskussion zu diesem Thema sollte jedoch nicht durch eine Beschlussvorlage begonnen wer-



den. Die Stadt braucht am Ende ein Gesamtkonzept für die Gebäudenutzung und nicht nur eine Ansammlung von Einzelmaßnahmen. Es sei klar, dass es Einschnitt der Leistungen geben muss. Die vorliegende Beschlussvorlage wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in dieser Form abgelehnt.

Die Bürgermeisterin versichert, dass alle Beteiligten informiert wurden. Sie betont, dass die Stadt aktuell 136 Millionen Euro Schulden und einen defizitären Haushalt hat. Die Stadt Wedel hat keine Jahre zum Handeln, sondern muss jetzt tätig werden. Die Musikschule wird als erste Maßnahme angegangen, da hier eine besondere Zeitnot aufgrund der Statik des Gebäudes herrscht. Die Vorgeschlagenen Maßnahmen bilden auch keinen Flickenteppich, sondern sind Teile eines ganzheitlichen Konzeptes.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum die Anwesenden des Förderkreises Reepschläger e.V. zu Wort kommen zu lassen und fragt, ob diese über die Pläne der Verwaltung, explizit über die vorliegende Beschlussvorlage, informiert wurden.

Ein Vertreter des Förderkreises Reepschläger e.V. äußert, dass sie über die vorliegende Beschlussvorlage nicht informiert wurden. Sie begrüßen grundsätzlich den Vorschlag, die Musikschule im Reepschlägerhaus unterzubringen. Von dem Plan die Musikschule im Reepschlägerhaus unterzubringen wussten sie. Die Beschlussvorlage beinhaltet jedoch andere Vorgaben, als vorab mit dem Förderkreis besprochen wurde. Der Förderkreis ist immer von dem Kontext ausgegangen, dass es eine kooperative Nutzung geben würde. Dem widerspricht die Beschlussvorlage.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Inhalte der aktuellen Beschlussvorlage nicht weitergegeben wurden, da dies Teil des Geschäfts der laufenden Verwaltung war. Sie drückt ihr Verständnis dafür aus, dass der Förderkreis über die geänderte Vorlage irritiert ist. Sie verweist aber auch darauf, dass der Förderkreis Reepschläger e.V. auf die Stadt zugekommen ist und um finanzielle Hilfe gebeten hat. Nur aus dieser Anfrage heraus ist überhaupt die Idee entstanden, das Reepschlägerhaus für andere Nutzer zur Verfügung zu stellen.

Ein Vertreter des Förderkreises Reepschläger e.V. weist darauf hin, dass das Team des Förderkreises ein Konzept erarbeitet hat, wie es mit dem Reepschlägerhaus weitergehen könnte. Dies wollten sie der Stadt vorstellen. Der vereinbarte Termin wurde allerdings von Seiten der Stadt ersatzlos abgesagt.

Der Vertrag mit dem Förderkreis wurde zum 31.03.2027 gekündigt. Es wurde diesem aber zugesagt, dass er auch nach dem 01.04.2027 ein wichtiger Faktor für die weitere Gestaltung des Reepschlägerhauses sein wird. Der Förderkreis kritisiert ausdrücklich nicht die Mitnutzung durch die Musikschule, sondern die alleinige Nutzung dieser.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die informativen Ausführungen des Förderkreises.

Die WSI-Fraktion äußert, dass sie bisher nicht darüber informiert waren, dass die Statik des Gebäudes der Musikschule gefährdet ist. Sie kritisiert, dass die Musikschulklassen an den weiterführenden Schulen untergebracht werden sollen, da die Schulen selbst mit Platzproblemen zu kämpfen haben. Für die Schulen sind noch zu viele Fragen offen. Zum Beispiel ist unklar, wo große Instrumente und benötigte Schränke untergebracht werden sollen und welche Kosten für die Unterbringung sowie die Umgestaltung der Räume entstehen. In der jetzigen Form lehnt die WSI-Fraktion die Beschlussvorlage ab.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie sich ein Reepschlägerhaus ohne verschiedene Kulturangebote nicht vorstellen kann. Sie fordern die Aufstellung eines gesamten Konzeptes für das Reepschlägerhaus in Kooperation mit der Villa. Sie lehnt es ebenfalls ab, dass die Villa für die Nutzung durch die Musikschule in Betracht gezogen wird.



Auch die SPD-Fraktion lehnt die Beschlussvorlage in ihrer jetzigen Form ab.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, dass die Nutzung des Reepschlägerhauses für verschiedene Vereine geöffnet wird. Die laufenden Kosten des Reepschlägerhaus würden dann durch die Nutzungsgebühren getragen werden können. Auch die Möglichkeit der Einrichtung eines Trauzimmers wäre eine Möglichkeit, um ein paar Euro dazu zu verdienen.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass es bei dieser Debatte nicht vorrangig um das Reepschlägerhaus geht, sondern um die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahme Raumdoppelnutzung und um die Unterbringung der Musikschule.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont, dass dann zwei gefasste politische Entscheidungen, ein Antrag und eine Beschlussvorlage zum Reepschlägerhaus ignoriert werden würden.

Die Bürgermeisterin versichert, dass keineswegs getroffene Beschlüsse ignoriert werden. Sie erinnert die Anwesend an die aktuell schwierige Personalsituation, wodurch nicht alle Maßnahmen sofort umgesetzt werden können. Sie werden aber mit Sicherheit umgesetzt werden, es braucht nur Zeit. Wenn die Politik die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen ablehnen möchte, ist das vollkommen in Ordnung. Die Bürgermeisterin bittet darum, dass dann aber auch Gegenvorschläge für die Umsetzung der Maßnahmen gemacht werden.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, was mit dem aktuellen Gebäude der Musikschule passieren soll. Sie hinterfragt, dass für die Musikschule einfach irgendwelche neuen Räume genutzt werden können, da diese bestimmten Bedingungen erfüllen müssten. Sie appelliert, dass alle Betroffenen an dem Prozess beteiligt werden müssen.

Die WSI-Fraktion lenkt den Blick zurück auf die Schulen. Sie erklärt, dass die Schulleiter Bedenken bzgl. der Umsetzung haben. Es bestehen Unsicherheiten, wie diese Räumlichkeiten für die Musikschule freimachen könnten. Aus der Sicht der WSI-Fraktion muss die Musikschule kleiner werden.

Die Bürgermeisterin betont, dass die Schulleitungen die Chance und den Raum hatten, um ihre Bedenken gegenüber diesem Vorhaben zu äußern. Sie erinnert daran, dass in anderen Kommunen die Musikschulen auch die Räumlichkeiten der Schulen nutzen und es dort ebenfalls funktioniert. Sie appelliert, dass die Stadt aufgrund ihrer Haushaltslage reagieren muss. Es reicht nicht aus, dass jeder anerkennt, dass gespart werden muss, aber niemand bereits ist bei sich anzufangen. So kommt die Stadt Wedel in ihrer Haushaltssituation nicht weiter. Die Bürgermeisterin bekräftigt, dass die Stadt aktuell noch in der Lage ist, sich freiwillige Leistungen zu erhalten. Die Kommunalaufsicht wird dies aber nicht mehr lange dulden, sollte für diese nicht erkennbar werden, dass die Stadt Wedel anfängt Einsparungen zu tätigen.

Die WSI-Fraktion bekräftigt, dass sie sich für den Erhalt des Reepschlägerhauses als kulturelle Stätte einsetzen wird. Sie erkundigt sich, weshalb die Rettung des Gebäudes des Mittendrin möglich war, dies bei dem Gebäude der Musikschule aber nicht möglich sein soll.

Die Bürgermeisterin merkt an, dass es nicht nur um die Statik des Musikschulgebäudes geht, sondern darum, Gebäude zusammen zu legen, um diese an Dritte weitergeben zu können. Dadurch würde die Stadt Einnahmen generieren.

Die Fachbereichsleiterin des FB 2 erklärt, dass es beim Gebäude des Mittendrin darum ging, dass die Idee bestand, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu installieren. Dafür hätte allerdings das Dach neu gemacht werden müssen. Aufgrund dieses finanziellen Mehr-



aufwands wurde die Idee dann verworfen, da die Grundsubstanz des Gebäudes noch gut erhalten war und ist. So einfach ist es bei der Musikschule nicht, dass es hier darum geht, dass sie Gebäudesubstanz stark angegriffen ist.

Die FDP-Fraktion fragt, was der Passus Mittelfristig in der Beschlussvorlage bedeutet.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass das nicht gesagt werden kann. Aufgrund dieser Unsicherheit möchte sie dieses begleitete Projekt des Musikschulumbaus jetzt in Ruhe angehen und eine vernünftige Planung dafür ermöglichen. Sonst droht die Gefahr, dass der Prozess unter Druck durchgeführt werden muss, weil das Gebäude von heute auf morgen geschlossen werden muss.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass es für eine Nutzung durch Dritte noch nicht ausreicht, dass das Musikschulgebäude leer steht. Schließlich befindet sich das Gebäude der Volkshochschule (VHS) ebenfalls auf dem Gelände. Sie fragt nach, ob das statische Problem auch bei dem VHS-Gebäude besteht und welche realen Kosten der Stadt durch die Finanzierung des Reepschlägerhaus entstehen.

Die CDU-Fraktion sieht sich unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage über die Beschlussvorlage der Verwaltung abzustimmen.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass das Gebäude der VHS unter keinen statischen Problemen leidet. Die Umsiedelung der VHS wird weiterhin geprüft. Die Musikschule wurde aufgrund der statischen Probleme in der Prüfung vorgezogen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt zu bedenken, dass in der Entscheidung über die weitere Nutzung des Reepschlägerhauses Ratio und Emotio nicht radikal getrennt werden dürfen. Schließlich ist das Reepschlägerhaus ein zentrales Gebäude und eine zentrale kulturelle Anlaufstelle der Stadt Wedel.

Die Fraktion kritisiert, dass obwohl die Verwaltung anscheinend eine Entscheidung über die weitere Nutzung des Reepschlägerhaus gefasst hat, diesen nicht im Ausschuss vorgestellt hat. Dies war ein Bestandteil eines vorangegangenen Beschlusses.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht es kritisch, dass die Musikschulklassen in den weiterführenden Schulen untergebracht werden sollen. Sie wüsste nicht, wann der Musikschulunterricht in den vollen Schulalltag, die nachmittags stattfindende Reinigung und nachschulischen Veranstaltungen noch zeitlich untergebracht werden könnte.

Die Fraktion wünscht sich, dass das neuste Konzept des Förderkreises Reepschlägerhaus e.V. im nächsten BKS auf die Tagesordnung kommt, um darüber sprechen zu können.

Außerdem äußert sie erneut ihren Vorschlag, dass das Reepschlägerhaus durch verschiedene Vereine genutzt werden und durch diese eine Kostenbeteiligung erzielen werden könnte. Schließlich äußert sie ihre Verwunderung, dass es einen Kündigungsvertrag mit dem Förderkreis gibt, ohne dass dazu ein politischer Beschluss besteht.

Die Fachbereichsleiterin des FB 2 erklärt, dass es für den Kündigungsvertrag keinen politischen Beschluss gebraucht hat, da es sich um einen Dienstleistungsvertrag gehandelt hat.

Die SPD-Fraktion verweist darauf, dass es in Wedel noch viel ungenutztes Potential gibt, wie die Stadt Geld erwirtschaften könnte, bspw. dadurch, dass das kostenlose Parken in der Innenstadt abgeschafft werden würde.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass die Konsolidierungsmaßnahme fünf sich um die Parkplatznutzung dreht und das Thema angegangen wird.

Der Jugendbeirat äußert, dass sie zum nächsten BKS eine Aufarbeitung der im Ausschuss gestellten Vorschläge, sowie in den Anfragen dargelegten Möglichkeiten für den Umzug der Musikschule, erwartet, um eine neue Diskussionsgrundlage zu schaffen. Dies soll sowohl für



die Verwaltung der Musikschule als auch für die Musikschullassen vorgelegt werden.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten, die das Reepschlägerhaus der Stadt Wedel verursacht, werden nachgereicht.)*

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, die Standortverlegung der Musikschule ins Reepschlägerhaus und eine gemeinsame Nutzung von Unterrichtsräumen an den weiterführenden Schulen.

**Vertragungsantrag der WSI-Fraktion:**

Wir beantragen bezüglich der Verlegung des Musikschulunterrichts auf künftig drei Standorte eine Vertagung der Entscheidung. Eine seriöse Beschlussfassung ohne vorherige konkrete Beantwortung der im folgenden dargelegte Fragen sowie einer Folgekostenaufstellung halten wir zum jetzigen Zeitpunkt für nicht vertretbar.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltung

**Abstimmung**

	Ja	Nein	Enthaltung
<b>Gesamt:</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>0</b>
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0

Anlage 1 Anfrage Musikschule BV 2026026 BKS\_FDP

---

**7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen**

---

**7.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/019**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung wird kurz unterbrochen, damit die Leiterin der Stadtbücherei ihre Präsentation vorbereiten kann.

**Pause 20:23 Uhr bis 20:28 Uhr**

---

**7.2 Jahresbericht der Stadtbücherei Wedel 2025 MV/2026/025**


Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Leiterin der Stadtbücherei und erteilt ihr das Wort.

Die Leiterin der Stadtbücherei stellt den Bericht der Stadtbücherei vor. Der Sprachbeitrag kann den Anlagen entnommen werden.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag und die zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Die CDU-Fraktion lobt die Vielfalt der Stadtbücherei und dass diese es geschafft hat, einen Raum für die Gemeinschaft zu schaffen.

---



Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich dem Lob an. Sie hebt hervor, wie wichtig die Stadtbücherei als Schnittstelle ist, um Kindern aus sämtlichen familiären Verhältnissen die Welt der Bücher näher zu bringt. Sie wünscht der Leiterin der Stadtbücherei alles Gute für ihre weitere Arbeit.

Der Jugendbeirat bedankt sich ebenfalls für die Arbeit der Stadtbücherei und betont, dass diese für die Jugendlichen in Wedel einer der wenigen öffentlichen Räume ist, in welchem diese für die Schule in Ruhe arbeiten und lernen können.

Die CDU-Fraktion spricht die im Bericht aufgeführten Wünsche nach längeren Öffnungszeiten an. Sie fragt, welche Erkenntnisse aus dem Workshop "Recht auf Ganzttag" gezogen werden konnten und was aus der Präsentation der Open Library in Rellingen mitgenommen werden konnte.

Die Leiterin der Stadtbücherei erklärt, dass der Workshop zum Rechtsanspruch auf Ganzttag dazu beitragen sollte, zu überlegen, wie Bücherrein sich in den Ganzttag der Schulen integrieren können. Zum Thema Open Library erklärt sie, dass sie dieses Thema schon seit vielen Jahren begeistert und sie sich wünscht, dass auch die Stadtbücherei Wedel langfristig zu einer Open Library umgebaut werden würde, um den Besucher\*innen individualisierte Möglichkeiten der Nutzung zu ermöglichen.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, über die möglichen Kosten eines solchen Umbaus.

Die Leiterin der Stadtbücherei kann hierzu keine Zahlen nennen. Sie ist sich jedoch darüber im Klaren, dass gerade die benötigten Funktionstüren hohe Kosten mit sich bringen würden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

Anlage 1 2026 04 20 Sprachbeitrag Stadtbücherei

---

**7.3 Änderung der Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Wedel und dem Theaterbetrieb Batavia**

**MV/2026/026**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass in dem Vertrag diverse Fehler in der Nummerierung und der Bezugnahme zu finden sind. Außerdem bemängelt sie, dass nicht erkennbar ist, von wem der Vertrag seitens der Stadt Wedel unterschrieben wurde.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Vertrag wurde von Anja Rose, der Fachdienstleiterin des Fachdienstes für Personal und kommissarischen Fachdienstleitung des FD 4-40 unterschrieben.)*

Auch die CDU-Fraktion verweist ebenfalls auf Nummerierungsfehler im Vertrag. Zeitgleich erklärt diese jedoch auch, dass diese rechtlich nicht relevant seien.

Die CDU-Fraktion macht weiter darauf aufmerksam, dass der geschlossene Vertrag nicht mehr 45 Kinder-Veranstaltungen, sondern generell 45 Veranstaltungen fördert. Dies wurde im Rat so beschlossen, wird aber mit Verdruss zur Kenntnis genommen.

Die WSI-Fraktion fragt nach, weshalb die ursprünglich angedachte inflationsbedingte Erhöhung des Zuschusses nicht im Vertrag berücksichtigt wurde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass über diese zwar im Rat diskutiert wurde, diese es aber nicht in die finale Beschlussfassung geschafft hat und es deshalb richtig ist, dass diese auch nicht im Vertrag zu finden ist.



Der Ausschussvorsitzende erkennt an, dass in diesem Vertrag vieles nicht so zustande gekommen ist, wie es sich die Politik am Anfang gewünscht hatte und dass diese Punkte für die nächste Vertragsverhandlung berücksichtigen werden sollten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

#### **7.4 Bericht der Verwaltung**

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

---

##### **7.4.1 Haushaltskonsolidierung**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, mit Bezug auf den Haushaltsbegleitbeschluss der CDU-Fraktion, inwiefern mit den jährlich gewährten Zuschüssen umgegangen werden soll, die jedes Jahr einen neuen Antrag für ihre Zuschüsse stellen müssen. Nach dem Verständnis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fallen diese Zuschüsse unter neue freiwillige Leistungen, da diese jährlich neu beantragt werden müssen. Und da es sich bei diesen in der Regel um freiwillige Leistungen ohne Gegenfinanzierung handelt, müssen diese im Sinne des Haushaltsbegleitbeschlusses der CDU-Fraktion abgelehnt werden.

Die CDU-Fraktion sichert zu, diese Frage in der nächsten Ausschusssitzung zu beantworten.

---

#### **7.5 Öffentliche Anfragen**

Die FDP-Fraktion äußert sich zu der Ausschreibung des Schulcaterings. Sie erinnert daran, dass es der politische Wille war, dass für die Schulen ein gemeinsamer Caterer gefunden wird. Diese Vorgabe wird durch die geplante Ausschreibung jedoch nicht erfüllt.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 erklärt, dass die Stadt bei der Vergabe des Catering-Auftrages an das Vergaberecht der Europäischen Union gebunden ist. Dieses sieht vor, dass bei einem Dienstleistungsauftrag in dieser Größe ein Losverfahren, also ein Vergabeverfahren an mehrere Anbieter umgesetzt werden muss. Dies dient dem Diskriminierungsschutz kleinerer und mittelständischer Unternehmen gegenüber Großkonzernen.

Für das angestrebte Vergabeverfahren werden fünf Lose ausgeschrieben werden. Ein Caterer kann sich auf einen oder auch auf mehrere Lose bewerben und er kann auch für mehrere Lose den Zuschlag erhalten. Wie viele Caterer es am Ende sein werden, bleibt jedoch ab zu warten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob es dazu kommen wird, dass die Küchen der Schulen neu ausgestattet werden müssen, weil die Caterer potentiell unterschiedliche Anforderungen an die Ausstattung mitbringen.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 verneint dies. In der Ausschreibung werden die Inventarlisten der jeweiligen Standorte angehängt werden. Die Caterer müssen mit den Materialien zurechtkommen, die sie vor Ort vorfinden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass die vorangegangenen Fragen eines Einwohners aus der BKS Sitzung aus dem Februar nicht im Protokoll zu finden sind. Sie würde diese gerne einsehen. Weiter verweist sie darauf, dass die gestellten Fragen zur Elbschule noch nicht vollständig von der Verwaltung beantwortet wurden.

Die Bürgermeisterin versichert, dass die Fragen beantwortet werden. Aufgrund der engen personellen Lage muss die Beantwortung von Fragen priorisiert werden.

Die WSI-Fraktion spricht die Raumgestaltung der Grundschulen für den offenen Ganztags an.

---



Sie möchte wissen, wie weit die Planungen für die Gestaltungen der Klassenräume sind.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 äußert, dass im Haushalt 80.000 € für die Umgestaltung der Schulräume für die Raumdoppelnutzung eingeplant sind. Das Geld soll dafür verwendet werden, notwendiges mobiles Mobiliar zu kaufen. Grundsätzlich ist die Konsolidierungsmaßnahme Raumdoppelnutzung aber unabhängig von dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu betrachten.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erfragt, ob es bis April nicht eigentlich ein Konzept für die Raumdoppelnutzung in der Schulkind-Betreuung (SKB) geben sollte.

Der Fachdienstleiter des Fachdienstes 4-60 äußert, dass das Raumdoppelnutzungskonzept der SKB im Gesamtkonzept der Raumdoppelnutzung integriert sein und es keine Einzellösung für die SKB geben wird.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass der Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung alle Grundschulen betrifft. Sie fragt, ob die Grundschulen untereinander im Austausch sind oder ob sie andere Fortbildungsangebote nutzen, um die neue Herausforderung ab Sommer wahrnehmen zu können.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 gibt an, dass die Wedeler-Grundschulen in ihrer Aufstellung für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung weiter sind als ca. 90% der Grundschulen in Schleswig-Holstein. Das Grundgerüst für die SKB steht, es geht nur noch um den Feinschliff.

Die CDU-Fraktion drückt aus, dass der Bildungsanspruch im SKB-Bereich auch durch Einrichtungen wie die Musikschule gewährleistet werden kann.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 bestätigt, dass die Musikschule bereits jetzt ein Kooperationspartner für den Ganztagsbereich ist.

Die WSI-Fraktion hinterfragt, ob die Kinder mit Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung nicht in den Klassenräumen, sondern in Außenstandorten wie der Pestalozzischule und dem Highlight betreut werden müssen.

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 stellt klar, dass die neuen Erstklässler in das reguläre Ganztagskonzept integriert werden. Das Highlight wird aktuell für die Betreuung genutzt. Die Schüler\*innen der Moorwegschule (MWS) sind nicht mehr am Standort der Pestalozzischule untergebracht, sondern in Containern auf dem eigenen Schulgelände. Es war auch nicht das Ansinnen, dass die Kinder mit Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ausschließlich in Raumdoppelnutzung betreut werden.

Die Bürgermeisterin bekräftigt, dass die geplante Raumdoppelnutzung an den Schulen unabhängig von dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung betrachtet werden muss.

Die WSI-Fraktion äußert ihre Frustration, dass die Raumdoppelnutzung in den Schulen nach einem Jahr immer noch nicht weiter vorangeschritten ist.

Die Bürgermeisterin äußert, dass sie den Unmut der Fraktion verstehen kann. Aufgrund der personellen Lage in den Fachdiensten ist es leider nicht möglich, das Thema schneller zu bearbeiten. Aber es liegt weiterhin auf dem Tisch und wird kommen, nur dauert es seine Zeit.

Die Fachbereichsleiterin des FB 2 verweist zusätzlich darauf, dass die pädagogischen Konzepte an den Grundschulen langsam aufgebrochen werden müssen, damit eine Raumdop-



pelnutzung in den Schulalltag aufgenommen werden kann. An der MWS soll eine Projektphase gestartet werden. Mit der sogenannten Phase 0 soll geschaut werden, wie eine Raumdoppelnutzung an den Grundschulen ermöglichen werden kann. Um die Ergebnisse dieses Projektes auf die anderen Grundschulen zu übertragen muss beachtet werden, dass auch unter den Grundschulen in Wedel ganz unterschiedliche pädagogische Konzepte geführt werden. Nichtsdestotrotz werden viele erlernte Elemente des Pilotprojektes an der MWS dabei helfen, auch an der Altstadtschule (ATS) und an der Albert-Schweitzer-Schule (ASS) das Konzept der Raumdoppelnutzung umsetzen zu können.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Anlage 1      Anfrage\_BKS\_Musikschule\_Reepschläger Bündnis 90\_Die Grünen

Anlage 2      Anfrage\_Schule und Kita\_BKS\_15.04.2026\_Nr.2

Anlage 3      Anfrage\_Schule\_BKS\_15.04.2026 Bündnis 90\_Die Grünen

### **Öffentlicher Teil**

---

#### **11      Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Da keine Öffentlichkeit anwesend ist, informiert er nicht über die getroffenen Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollführung:

Gez.

\_\_\_\_\_  
Christian Freitag von Dören

Gez.

\_\_\_\_\_  
Annika Berg

